



Die Gedenkstätte für Sinti und Roma im Berliner Tiergarten
Foto: Gustavo Alabio/imagio

Ein Ort der Stille wird erschüttert

Seit Jahren gibt es Streit um das Denkmal für die von Nazis ermordeten Sinti und Roma im Berliner Tiergarten. Die Bahn plant einen S-Bahn-Tunnel unter dem Mahnmahl. Betroffeneninitiativen fürchten die Zerstörung

Aus Berlin **Cem-Odos Güler** und **Daniel Bax**

Fast könnte man den Ort übersehen. Im Schatten des Reichstagsgebäudes in Berlin steht das Mahnmahl für die ermordeten Sinti und Roma Europas, in einer äußeren Nische des Tiergartens. Nur eine Handvoll Touristen hat am Donnerstagmittag hier die tägliche Zeremonie mitbekommen: Auf die dreieckige Stele, die in der Mitte eines Wasserbeckens steht, wurde eine frische Wildblume gelegt. Künstler Dani Karavan, der das Mahnmahl schuf, wollte diesen Akt als Symbol des „Lebens, der Trauer und der Erinnerung“ verstanden wissen. Betroffeneninitiativen sehen heute diese Erinnerung an dem Mahnmahl in Gefahr, weil die Deutsche Bahn hier einen neuen S-Bahn-Tunnel plant. „Zuversichtlich bin ich nicht“, sagt Romeo Franz telefonisch aus Oświęcim in Polen. Der 57-jährige Generalsekretär der Bundesvereinigung Sinti und Roma hat sechs Angehörige in der NS-Zeit verloren, sein Großonkel wurde in Auschwitz, wie die Stadt in der NS-Zeit hieß, erschossen. Dort, im ehemaligen deutschen Konzentrations-

lager Auschwitz-Birkenau, findet am Freitag eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Völkermords an den Sinti und Roma statt, zu der er angereist ist. Franz kämpft für die Zukunft des Roma-Mahnmals im Berliner Tiergarten, das nach langen Diskussionen vor zehn Jahren eröffnet wurde und nun schon wieder in Gefahr ist. „Die Bedeutung und die Einzigartigkeit des Mahnmals stehen nicht im Vordergrund“, sagt Franz, „das ist sehr traurig.“

Seit Jahren gibt es Streit um den Gedenkort. Die Deutsche Bahn will eine neue Nord-Süd-Verbindung für die S-Bahn bauen, die unterirdisch den Hauptbahnhof mit dem Süden der Stadt verbinden und das Regierungsviertel unterqueren soll. Ein Stück der Trasse soll direkt unter dem Mahnmahl verlaufen.

In einem offenen Brief, den zuletzt 240 Menschen unterzeichnet hatten, kritisieren Roma-Angehörige und Kulturschaffende, dass der Tunnel nur einen Meter unter der Erinnerungstätte verlaufen soll. Sie fürchten, dass es durch den künftigen S-Bahn-Verkehr zu Erschütterungen an dem Mahn-

mal kommen könnte. Außerdem beanstanden sie, dass mehrere Bäume, die das Mahnmahl kreisförmig umgeben und zu dem stillen Gedenken an dem Ort beitragen sollen, für das Bauvorhaben gefällt werden müssten. Adressiert ist der offene Brief an das Eisenbahnbundesamt, das über die Zulässigkeit des Bauvorhabens entscheiden muss. Dieser Entscheidungspro-

Berlins Verkehrssenatorin erklärte, alle kritischen Punkte klären zu wollen

zess könnte noch mehrere Monate in Anspruch nehmen, denn die Behörde muss derzeit rund 50 Einwendungen und Stellungnahmen zu dem Bauvorhaben bearbeiten, die an sie herangetragen wurden.

Einer dieser Anträge kommt vom Berliner Senat. Dieser fordert die Deutsche Bahn als Bauherrn auf, ein Konzept vorzulegen, wie sie das Mahnmahl während der Baumaßnahmen

schützen will und die Gedenkstätte in der Zeit weiter zugänglich bleibt. Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) gab sich zuversichtlich und erklärte, dass man gemeinsam davon ausgehe, kritische Punkte „hinsichtlich der Zugänglichkeit von Gedenkstätten“ noch einvernehmlich klären zu können. Alle „touristisch nachgefragten Bauwerke sowie Denk- und Mahnmale“ im Berliner Tiergarten würden nach Auskunft der Bahn während der gesamten Bauzeit „bestmöglich zugänglich und nutzbar sein“.

Doch nicht alle teilen diese Zuversicht. Zu den Kritikern gehören unter anderem die Lagergemeinschaft Dachau, der Bundesverband der Roma und die Bundesvereinigung der Sinti und Roma. Die größte Vereinigung von Betroffenen in Deutschland, der Zentralrat der Sinti und Roma, hält sich dagegen mit Kritik an dem Bauvorhaben zurück. „Wenn die in Auftrag gegebenen Gutachten feststellen, dass durch die Baumaßnahmen keine Schäden am Denkmal entstehen, dann werden wir mit der Bahn und dem Berliner Senat ein abschließendes Gespräch über dieses wichtige Infrastrukturprojekt füh-

ren“, erklärte ihr Vorsitzender Romani Rose gegenüber der taz. „Der Zentralrat lehnt eine reine Blockadehaltung ab.“ Die deutschen Sinti und Roma seien Teil der Gesellschaft und des Landes und wendeten sich nicht gegen ein Infrastrukturprojekt, das für die Berlinerinnen und Berliner eine Notwendigkeit sei, so Rose.

Die Roma-Selbstorganisation Romatrial, die den offenen Brief aufgesetzt hatte, sieht in dem Bauvorhaben dagegen „ein politisch skandalöses Versagen der politischen Gedenkkultur in Deutschland“. Unterzeichnet haben den Protestbrief unter anderem der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Uwe Neumärker, der ehemalige französische Kulturminister Jack Lang und der Filmregisseur Wim Wenders. „Niemand käme auch nur auf die Idee, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas anzurühren“, heißt es in dem Schreiben. „Ganz offenbar wird der Gedenkstätte der Sinti und Roma weniger Respekt entgegengebracht.“

Auch der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Mehmet Daimagüler, sieht die S-Bahn-Pläne in Ber-

lin mit Skepsis. Das Mahnmahl habe für die Minderheit eine „enorme Bedeutung“, sagte er Ende Mai. Eine halbe Million Sinti und Roma seien in der NS-Zeit ermordet worden. Vor diesem Hintergrund hätten die Nachfahren die Gespräche über die geplante S-Bahn-Trasse als „oberflächlich“ empfunden. Bei einem so sensiblen Thema brauche es mehr Transparenz. Er schlug deshalb eine Mediation vor.

In Deutschland leben schätzungsweise bis zu 150.000 deutsche Sinti und Roma sowie etwa 100.000 zugewanderte Roma, vorwiegend aus Südosteuropa. Ende Mai setzten Bund und Länder eine gemeinsame Kommission ein, um sie vor Diskriminierung zu schützen. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) hatte in ihrem Jahresbericht für das Jahr 2023 festgestellt, dass sich die Zahl der registrierten antiziganistischen Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr glatt verdoppelt hat.

Das Spektrum der gemeldeten Vorfälle reicht von Belästigungen, Diskriminierung bei der Wohnungssuche, in der Schule oder durch die Polizei. Überzogene Polizeieinsätze machen einen großen Teil der dokumentierten Fälle aus. Viele Polizistinnen und Polizisten glauben, dass Roma und Sinti generell zur Kriminalität neigen, und begegnen selbst Opfern von Gewalt oder Diskriminierung mit dem Verdacht, diese seien selbst daran schuld.

Hinzu kommt Gewalt gegen Erinnerungsorte. Ende Mai wurde in Flensburg eine örtliche Gedenkstätte für die 1940 deportierten Sinti und Roma aus der Region beschädigt. Laut Polizei wurde die Stele aus ihrer Verankerung gerissen. Das Fachkommissariat für Staatsschutz nahm Ermittlungen auf, die Empörung war groß.

Die Empörung über die Pläne am Berliner Mahnmahl halten sich dagegen in Grenzen. „Die Deutsche Bahn und der Berliner Senat werden ihrer Verantwortung nicht gerecht“, sagt Romeo Franz. Die Vorstellung, eine S-Bahn im Minutentakt unter dem Denkmal zu spüren, sei „makaber“, sagt er mit Blick auf die Deportationszüge der Bahn in der NS-Zeit.

„Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass das Denkmal so beschädigt wird, wie wir das befürchten, gibt er sich jedoch kämpferisch. Da bleiben wir weiter dran, und die Zahl unserer Mitstreiter steigt. Der Protest nimmt zu.“

...sinti und roma...

Der lange ignorierte Völkermord

Am Freitag erinnert sich Europa an den Holocaust an den Sinti und Roma vor 80 Jahren. Dass es den jährlichen Gedenktag geben soll, entschied die EU erst 2015

Aus Warschau **Gabriele Lesser**

Es war in der Nacht des 2. August 1944, als SS-Männer ins sogenannte Zigeunerfamilienlager mit 32 Baracken stürmten. Aus den Baracken für einst über 20.000 Sinti und Roma vertrieben sie die letzten 4.300 dort verbliebenen Gefangenen zu den Gaskammern und ermordeten sie. Im NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verübten die Deutschen in den Jahren 1941–1945 gleich zwei Völkermorde – den an den europäischen Juden und den an den europäischen Sinti und Roma.

An diesem Freitag jährt sich die Auflösung des „Zigeunerlagers“ zum achtzigsten Mal. Zur Gedenkfeier um 12 Uhr in Birkenau werden Überlebende und Angehörige der Opfer aus aller Welt erwartet, eine große Delegation des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma sowie des Verbands der Roma in Polen, außerdem Vertreter von Kirchen, an-

deren Religionsgemeinschaften und hochrangige Politiker.

Die Anerkennung des NS-Völkermords an rund 500.000 Sinti und Roma erfolgte erst 1982 unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Noch in den späten 50er-Jahren war es möglich, dass ein bundesdeutsches Gericht die Deportation der Sinti und Roma ins Generalgouvernement im deutsch besetzten Polen als gerechtfertigte Maßnahme „gegen die Zigeunerplage“ beurteilen konnte. Damit sprach es den rassistisch verfolgten Nazi-Opfern der Sinti und Roma jede Form der Entschädigung ab. Erst Jahre später hob ein anderes Gericht dieses Urteil auf.

Doch auch die internationale Anerkennung fehlte lange. Im Jahr 2005 legten die Vereinten Nationen den Internationalen Holocaust-Gedenktag auf den 27. Januar fest, den Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Mit

keinem Wort erwähnte die Erklärung den Porajmos, wie der NS-Völkermord an den Sinti und Roma auf Romanes heißt. Erst 2015 entschied sich das Europäische Parlament, den Europäischen Gedenktag für den Holocaust an den

Dieses Jahr reisen auch hochrangige Politikerinnen aus Deutschland nach Oświęcim

Sinti und Roma auf den 2. August festzulegen. Auch dann noch ignorierten Politiker oft diesen Gedenktag, als seien Sinti und Roma weniger wichtig als Juden und Polen, deren Opfergedenktage ganz selbstverständlich in die Termin kalender aufgenommen wurden.

Dieses Jahr reisen zum 80. Jahrestag des Porajmos hochrangige Politikerinnen aus Deutschland nach Oświęcim: Bärbel Bas und Manuela Schwesig (beide SPD), die Präsidentinnen von Bundestag und Bundesrat, werden da sein. Claudia Roth (Grüne), die Kulturstatsministerin, reiste bereits am Vorabend des Gedenktags in Polens Kulturmetropole Krakau an und hörte sich das Oratorium „O Lungo (D)rom“ (Der lange Weg) von Ralf Yusuf Gawlick an. Am Freitag besichtigt sie mit Bas und Schwesig die Dauerausstellung zum Völkermord an den Sinti und Roma Europas in Auschwitz I, dem sogenannten Stammlager. Auf der Gedenkfeier in Birkenau wird sie im Anschluss eine Rede halten.

Dass selbst heute, achtzig Jahre nach dem Völkermord, Sinti und Roma mit rassistischem Antiziganismus konfrontiert sind und sich gegen alte und neue Stereotype wehren müssen, wurde zu-

dem am Donnerstag auf der ganztagigen internationalen Konferenz „Mein Zeugnis ist für junge Menschen“. Weitergabe der Erinnerung für die Zukunft der Holocaust-Erinnerung und Bildungsarbeit“ in Krakau thematisiert. Der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma, der Verband der polnischen Roma und die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau haben Wissenschaftler aus aller Welt eingeladen, um sich über die neuesten Forschungen zu Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma auszutauschen und ihre Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Eines der wichtigsten Themen wird der Missbrauch der Sinti- und Roma-Kinder, insbesondere der Zwillinge, zu medizinischen Versuchen sein. Auch die Dauerausstellung im sogenannten Stammlager Auschwitz dokumentiert dieses dunkle Kapitel mit zahlreichen Fotos, die die NS-Mediziner selbst aufgenommen hatten.